

SKE Klippel nahm an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Ltd. KVD Allroggen führte zur Vorlage der Verwaltung aus, dass diese als Vorabinformation zu den Haushaltsberatungen zu verstehen sei. Bei den in Rede stehenden 20.000 € für Umbau-, Einrichtungs- und Renovierungskosten handele es sich um einen Ansatz des Antragstellers, dessen Notwendigkeit dann von der Verwaltung im Einzelnen genau zu prüfen wäre.

Die Vorsitzende legte dar, dass man die Initiative unter dem Aspekt des Dauerstreits mit der Stadt Bonn betrachten müsse. Durch die Einrichtung einer offenen Kontaktstelle in Bornheim biete man Suchtkranken aus dem linksrheinischen Kreisgebiet ein Angebot, das man den ständigen Vorwürfen der Stadt Bonn entgegenhalten könne.

Abg. Eichner wies für seine Fraktion darauf hin, dass dem Träger im Sinne der Planungssicherheit signalisiert werden müsse, dass auch für 2009 mit einer Förderung zu rechnen sei.

Abg. Neuber wies auf die große Bedeutung solcher Angebote hin und Abg. Helmes schlug vor, die Einrichtung bei der nächsten Informationsfahrt des Ausschusses zu besuchen.

Abg. Deussen-Dopstadt fragte nach, wo die Stelle konkret angesiedelt sei und wieso bislang noch keine Einbeziehung der politischen Gremien in Bornheim in die Überlegungen erfolgt sei. Hierauf entgegnete VA Arenz, dass die Verwaltung in ihrer Konzeptionierung bewusst darauf verzichtet habe, einen gesonderten Standort zu wählen und daher eine Anbindung an die bereits bestehende Einrichtung vorgesehen habe. Man habe das Angebot mit Bedacht als ein Modul im Beratungsangebot vorgesehen, weil die Nachfrage derzeit noch eine unbekannte Größe darstelle. Es sei aber die Möglichkeit vorhanden, bei entsprechender Nachfrage zukünftig adäquat reagieren zu können. Man gehe derzeit davon aus, dass die Auffälligkeit des neuen Angebots so gering sein werde, dass das soziale Umfeld nicht negativ tangiert werde. Ltd. KVD Allroggen ergänzte hierzu, dass die Schaffung von Akzeptanz in der Öffentlichkeit auch dann erst sinnvoll sei, wenn der Ausschuss die Umsetzung des Moduls auch tatsächlich beschließe. Insoweit werde die Anregung, Kontakt mit dem sozialen Umfeld aufzunehmen, im Zuge der Umsetzung des Konzepts aufgenommen.

Die Vorsitzende ließ daraufhin über die Freigabe der im Haushalt 2008 eingestellten Mittel für die Einrichtung einer offenen Kontaktstelle linksrheinisch in Bornheim abstimmen, nachdem sie vorher nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass dieser Beschluss keine Aussage über den Haushalt 2009 beinhalte. Ohne weitere Aussprache traf der Ausschuss folgenden Beschluss: